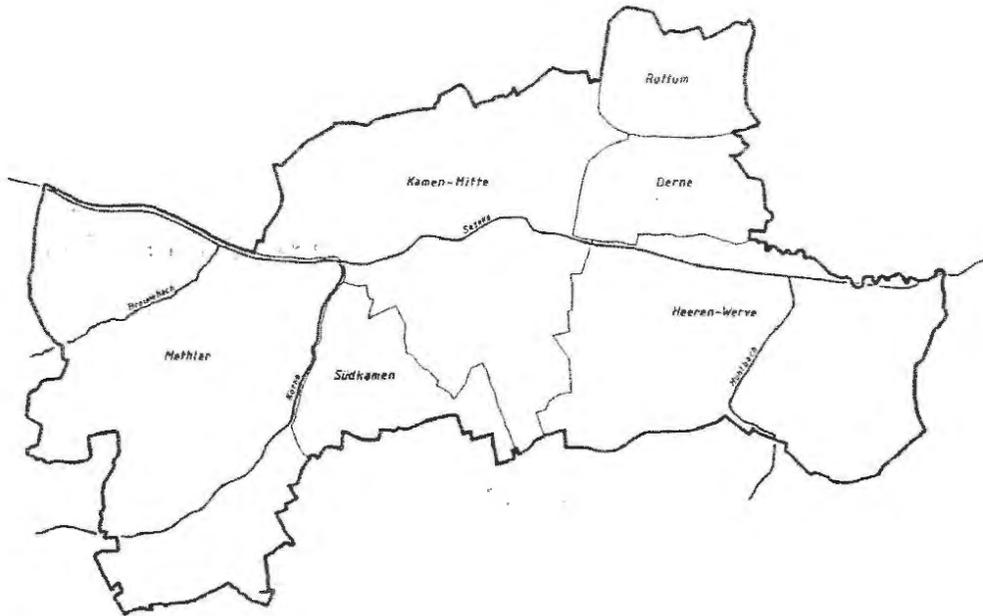


Hand der Stadtgeschichte

Christian Frieling

Neu geordnet

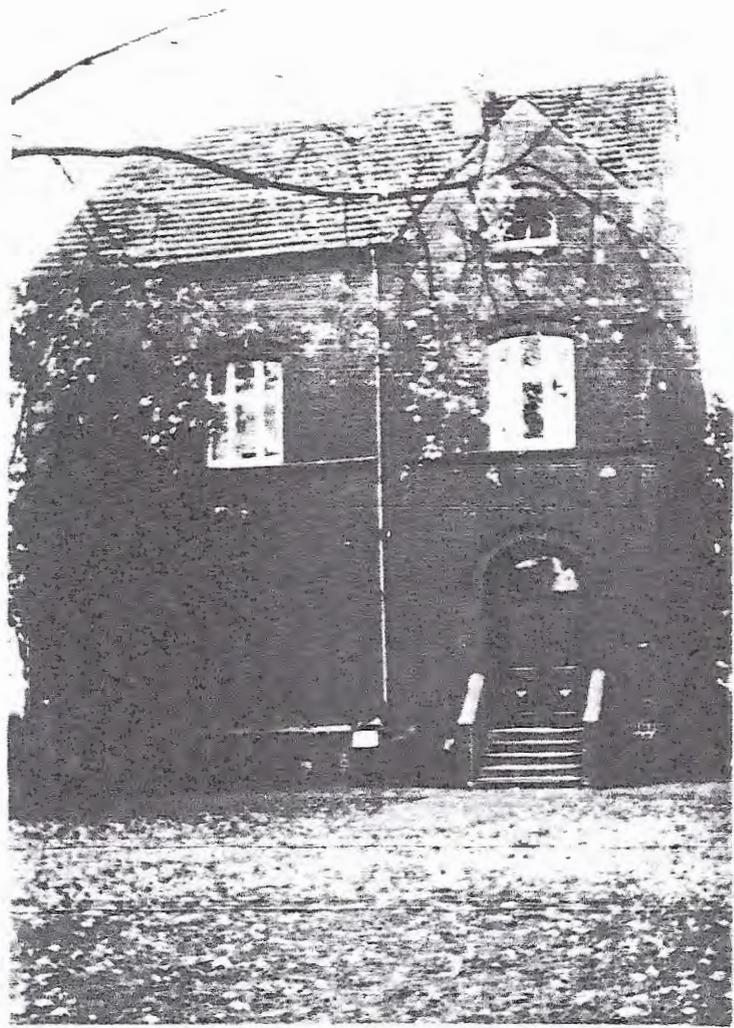
Kamen zwischen Kriegsende
und Kommunalreform

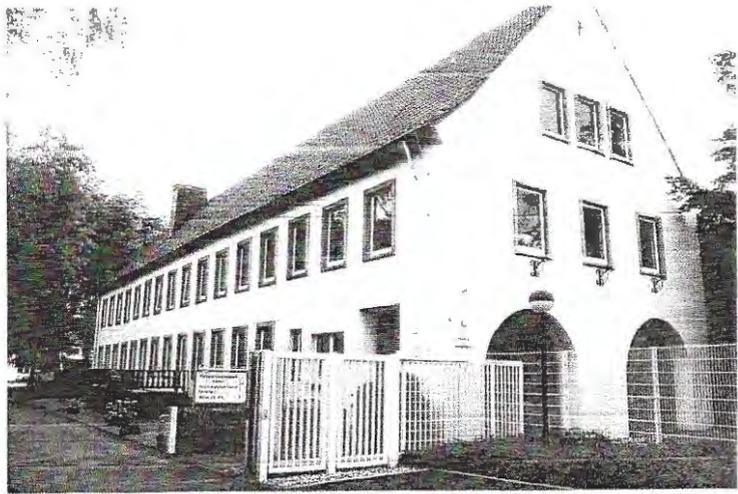


Karte der neuen Stadt Kamen

wenige Tage zuvor.⁵⁶⁷ In ihrer Grußbotschaft zu Jahresbeginn gingen Bürgermeister Blümel und Stadtdirektor Rethage noch einmal auf die Auswirkungen der Reform ein. Sie verhehlten nicht die ablehnende Haltung, die in einigen Stadtteilen noch immer vorherrschte, riefen jedoch alle Bürger auf, nun ohne Vorbehalte an der neuen Stadt mitzuarbeiten: „Wir sind alle der Zukunft und nicht der Vergangenheit verpflichtet. Der Geist aller Bürger soll diese Stadt weiter formen.“⁵⁶⁸ Sehr schnell wurde von seiten der Verwaltung und der politischen Führung der Begriff der ‚Neuen Stadt Kamen‘ geprägt. Hatte man im Verlauf des Vorjahres, wenn auch vorsichtig formuliert, noch von ‚Eingemeindung‘ gesprochen, so wurde nun der neue Anfang und die dadurch entstehende Gemeinsamkeit betont. Vorbehalte, wie sie vor allem in Methler noch bestanden, galt es abzubauen.⁵⁶⁹ Mit dem 1. Januar 1968 waren die Gemeinderäte aller beteiligten Kommunen, also auch der Stadt Kamen, aufgelöst. Die Führung der Stadt lag nun beim ‚Beauftragten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Rates der Stadt Kamen‘, wie die offizielle Bezeichnung lautete. Der Oberkreisdirektor hatte hierzu den Kamener Bürgermeister Blümel ernannt, dem der weiter amtierende Stadtdirektor Rethage zur Seite stand. Beide sollten gemeinsam die Geschicke der Stadt bis zur Wahl eines neuen Kommunalparlaments leiten. Zu ihren Hauptaufgaben gehörte die Integration eines Teils der Beamten und Angestellten des aufgelösten Amtes Unna-Kamen.⁵⁷⁰

Bereits nach wenigen Tagen ernannte der Bürgermeister einen Beirat, der ihn bei der Arbeit unterstützen sollte. Hier waren nach Proporz die einzelnen Parteien vertreten, wobei die neuen Ortsteile in besonderem Maße berücksichtigt wurden.⁵⁷¹





Polizeikaserne, von 1945 bis 1954 als Krankenhaus genutzt

de der Haushalt ohne große Veränderungen und ohne kontroverse Debatte angenommen.¹⁵⁰ Die CDU-Fraktion hatte ihre Haltung wohl auf parteiinternen Druck hin revidieren müssen, um nicht in den Ruf zu kommen, der Stadt einen ordentlichen Haushalt zu verweigern.

Die Abstimmung über den Haushalt hatte gezeigt, daß auch bei anderen Fragen als der nach der Person Heitschs eine Mehrheit gegen die SPD möglich war. So suchten die Christdemokraten nach einer Gelegenheit, ihr Versagen bei der Wahl des Stadtdirektors wieder wettzumachen. Diese bot sich bei der jährlich notwendigen Wahl des Bürgermeisters. Nachdem die den Christdemokraten nahestehende Presse die Tage vor der entscheidenden Stadtverordnetensitzung zu Angriffen auf den Amtsinhaber genutzt hatte, tagte der Rat in der Aula des Gymnasiums vor völlig überfüllten Zuhörerreihen.¹⁵¹

Die Sitzung gestaltete sich turbulent, denn Oswald Lepke brachte einen Mißtrauensantrag gegen den Bürgermeister ein, weil dieser in einer vorhergehenden Ratssitzung an der Abstimmung über seine eigene Aufwandsentschädigung teilgenommen hatte. Nachdem Josef Rissel die Sitzung verlassen hatte, ergab die Abstimmung ein Verhältnis von 9:9 Stimmen. Valentin Schürhoff stellte daraufhin den Antrag, die Auszahlung des Betrages an den Bürgermeister zu billigen. Hier ergab sich eine deutliche Zustimmung des Hauses.¹⁵²

Nach diesem Schlagabtausch sah die Tagesordnung die Wahl des Bürgermeisters vor. Schürhoff schlug den bisherigen Amtsinhaber vor. Für die CDU ergriff daraufhin Gustav Fluhme das Wort: Die Christdemokraten hätten im Vorjahr Josef Rissel mitgewählt „in der Erwartung, daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gewährleistet werde.“¹⁵³ Diese Hoffnung habe sich aus drei wesentlichen Gründen nicht erfüllt. Zum einen sei die Ortssatzung noch nicht in Kraft, zum anderen habe eine Prüfung der Verwaltung Mißstände ans Tageslicht gebracht. Zum dritten – und dies sollte wohl auf die Stimme Oswald Lepkes abzielen – sei der Stadtdirektor gegen den Antrag der CDU auf 12 Jahre gewählt worden. Er schlage daher Dr. Schmidt für die Position des Bürgermeisters vor. Rissel erwiderte, er

Aufgabe, diese Gemeinden von solchen Verpflichtungen freizustellen, die hauptamtliche Kräfte erforderten. Die Grenzen der einzelnen Ämter waren dabei vom Gesetzgeber festgelegt worden. Zum Amt Unna-Kamen zählten insgesamt 20 Gemeinden. Sitz des Amtes war Unna, es existierten aber auch Verwaltungsstellen, sogenannte Amtsnebenstellen, etwa in Methler und Heeren-Werve.

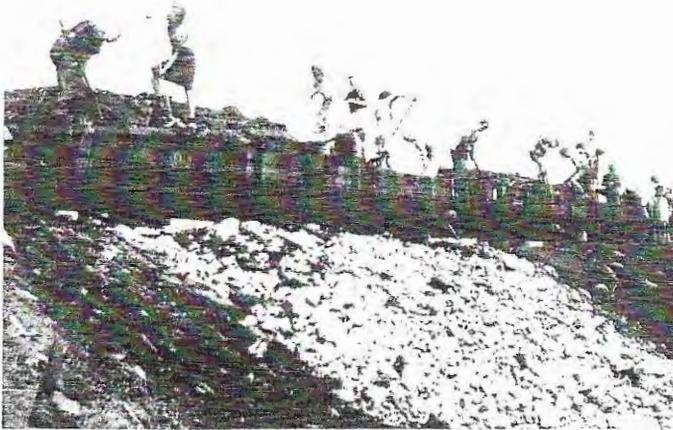
Trotz der zahlreichen Übereinstimmungen sollen die drei Gemeinden innerhalb dieses Kapitels in ihrer singulären Entwicklung gewürdigt werden. Die drei Ortschaften liegen im Südwesten der Stadt Kamen und damit an der Grenze zu Husen-Kurl, also in unmittelbarer Nähe des Dortmund-er Stadtgebietes; sie bilden ein Dreieck, in dessen Zentrum sich die Kolonie Kaiserrau befindet. Diese war in den Jahren nach 1870 von der Zeche Kurl errichtet worden, die vor dem Problem stand, für die zahlreichen Bergleute Wohngelegenheiten schaffen zu müssen. Sie suchte zu diesem Zweck das Gebiet aus, das je zur Hälfte zu den Gemeinden Westick und Methler gehörte. Der Name Kaiserrau soll sich aus einer Umdeutung des Flurnamens Königsort ergeben haben, den ein Teil des Erschließungsgebietes trug, und der nun an die Kaiserkrönung des Jahres 1871 erinnern sollte.

Zunächst wurden in den Jahren 1870 bis 1885 die Häuser auf dem Gebiet der Gemeinde Methler errichtet. Dabei handelte es sich um die ‚Sektionen 1 bis 4‘, wie die auf dem Reißbrett geplanten schurgeraden Straßen genannt wurden. Zwischen 1885 und 1895 wurde dann der Westicker Gebietsteil bebaut.¹⁴¹

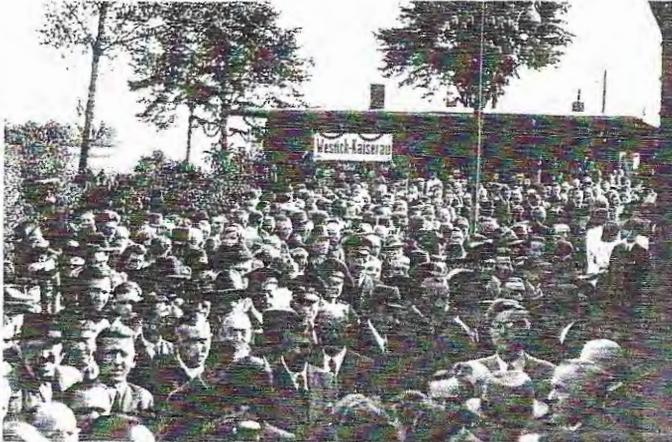
Die niemals selbständige Kolonie Kaiserrau erreichte dabei eine Größe und Einwohnerzahl, die die der alten Gemeinden Westick und Methler bei weitem übertraf. Deutlich wurde dies an der Einwohnerentwicklung beider Gemeinden zwischen 1864 und 1901. Durch die Errichtung der Kaiserrau hatte Methler zu Beginn dieses Jahrhunderts seine Einwohnerzahl nahezu verdreifacht, in Westick war die Entwicklung noch rasanter: Um mehr als das 5fache war die Kopfzahl durch diese Entwicklung gestiegen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren Fläche und Einwohnerzahl in den drei Gemeinden folgendermaßen verteilt: Methler beherbergte auf einer Fläche von 4,7 qkm 2.434 Einwohner, von denen etwa 600 Flüchtlinge und Vertriebene waren. Das Westicker Gebiet umfaßte eine Fläche von 4,1 qkm, auf dem 2.956 Menschen lebten. Der Anteil der Heimatvertriebenen betrug ebenfalls etwa 600. Wasserkurl war mit 3,7 qkm die flächenmäßig kleinste der Gemeinden, auch lebten hier mit 685 Bürgern die wenigsten Einwohner. Von diesen waren etwa 240 erst infolge des Krieges in das Dorf gekommen. Damit aber hatte die Gemeinde prozentual den höchsten Flüchtlingsanteil im ganzen Kreis zu tragen.¹⁴² Denn hier hofften viele Heimatlose, auf den Bauernhöfen an der guten Versorgung partizipieren zu können. Nachdem sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gebessert hatten und in Industrie und Bergbau Arbeitsplätze angeboten wurden, sank die Zahl der Flüchtlinge auf etwa 100 ab, die in das Gemeindeleben integriert werden konnten.

Von den Folgen des Luftkrieges war die Gemeinde Wasserkurl weitgehend verschont geblieben. Ein einziger Luftangriff führte zwar zum Abwurf zahlreicher Spreng- und Brandbomben, doch wurden keine Gebäude zerstört. Menschen kamen nicht zu Schaden.



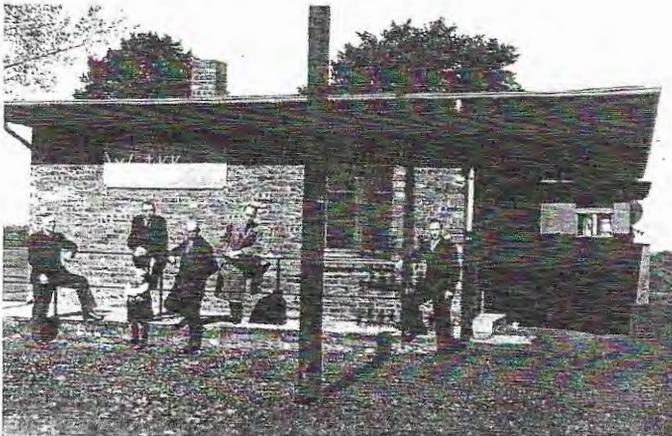
Freiwillige Helfer beim Bau des Eisenbahnhaltepunkts Westtick-Kaiserau, darunter viele Frauen



Einweihung des Eisenbahnhaltepunktes am 9. Mai 1948



Die dritte in Westtick verkaufte Fahrkarte



Blick auf das Bahnhofsgebäude

Mit dem Bau des Eisenbahnhaltepunktes Westick-Kaiserau konnte schließlich am 14. April 1947 zum zweiten Male begonnen werden, schon am 9. Mai 1948 erfolgte die festliche Einweihung. Nach seiner Fertigstellung ging der Haltepunkt in den Besitz der Reichsbahn über, der Rat konnte jedoch die Bedingung in den Vertrag einbringen, daß bei einer Stilllegung des Bahnhofs die Gemeindevertretung gehört werden müsse. Sollten sich Bahn und Rat nicht über das Prozedere einigen können, läge die letzte Entscheidung beim Regierungspräsidenten. Damit waren die Interessen der Gemeinde gewahrt.¹⁷⁵ Nach fast 50jährigen Anstrengungen hatte der Anschluß an das Bahnnetz endlich erreicht werden können.

2.3.2. Konflikte in der SPD um Otto Grages

Neben Bürgermeister Gustav Pentinghaus galt Otto Grages als der starke Mann der Westicker Sozialdemokraten. Er war die treibende Kraft bei der Gründung des Ortsvereins Kaiserau gewesen, fungierte seit der Bildung des Ortsvereins Westick als ihr Vorsitzender. Zugleich war er beigeordneter Stellvertreter des Bürgermeisters.

Soweit aus den Protokollen ersichtlich, hatte sich Otto Grages nie außerhalb der Fraktionslinie bewegt, ja er war sogar treibende Kraft bei vielen Entscheidungen. Doch im Sommer 1948, als es um die Abfindung einer entlassenen Kindergartenerleiterin ging, stellte er sich offen gegen die eigene Fraktion. (Über Auslöser und Hintergründe des Vorganges liegen keinerlei Informationen vor.) Als der vorgeschlagene Vergleich gegen sein Votum im Rat eine Mehrheit von 7:4 Stimmen fand, war Grages derart erbost, daß er spontan sein Amt als Gemeindevertreter niederlegte.¹⁷⁴ Dieses Verhalten mußte auf der nächsten Parteiversammlung ein Thema sein.

Otto Grages versuchte zunächst, den Sachverhalt nochmals zu thematisieren, und erging sich dabei in scharfen persönlichen Angriffen gegen Bürgermeister Pentinghaus. Mit dieser Strategie hatte er jedoch keinen Erfolg.¹⁷⁵ Von seiten der Partei wurde in den Mittelpunkt der Vorwürfe gegen ihren Vorsitzenden sein Verhalten gegenüber der Fraktion vor der letzten Sitzung gestellt: Grages hatte die Einladung des Fraktionsvorsitzenden zu einer Fraktionssitzung, die vor dem Zusammentreten des Gemeinderates Klärung hatte herbeiführen sollen, ignoriert und festgestellt, er habe daran kein Interesse, sein Standpunkt stehe fest. Anstatt seinen Mitstreitern also seinen Standpunkt zu erläutern, wie man es verlangte, hatte sich Grages „zum Erstaunen aller“¹⁷⁶ von vornherein von der Fraktion distanziert. Da die Streitpunkte nicht ausgeräumt werden konnten, sollte in einer gemeinsamen Sitzung von Fraktion und Vorstand die Klärung der Vorfälle vorangetrieben werden. Diese Sitzung, in der allem Anschein nach ein sachlicher Austausch der Argumente erfolgte, endete letztlich in einem Eklat. Nachdem einer der Hauptakteure alle Teilnehmer zur Geheimhaltung der Sitzungsinhalte aufgefordert und empfohlen hatte, wer dies nicht zusichern könne, solle den Saal verlassen, hatte Otto Grages sich erhoben mit den Worten: „Dann kann ich ja gehen“¹⁷⁷. Diese „Mißachtung aller parteipolitischen und parlamentarischen Regelungen“¹⁷⁸ düpierte die Versammlung.

4. Südkamen

Die kleine Gemeinde Südkamen liegt – wie der Name schon andeutet – im Süden Kamens auf einer Fläche von nicht einmal 5 qkm. Stellen wir uns Afferde, Kamen und Westick als die Eckpunkte eines fast gleichschenkligen Dreiecks vor, so liegt Südkamen genau in dessen Mitte. Die traditionell enge Anbindung der Gemeinde an das Kamener Zentrum wurde ab Mitte des 19. Jahrhunderts durch die auf Kamener Gebiet verlaufende Bahnstrecke verkehrstechnisch unterbrochen.

Während im Jahre 1959 in dieser Gemeinde 515 Köpfe gezählt wurden, lebten hier nach dem Ende des Krieges in 205 Haushalten 668 Menschen. Von den Einwohnern waren 65 Flüchtlinge oder Vertriebene, also nahezu ein Anteil von 10 %.²⁵² Von Kriegsschäden war Südkamen nur in sehr geringem Maße betroffen. Bei einem Fliegerangriff wurden 17 Sprengbomben abgeworfen, ein Toter war in der Gemeinde zu beklagen.²⁵³

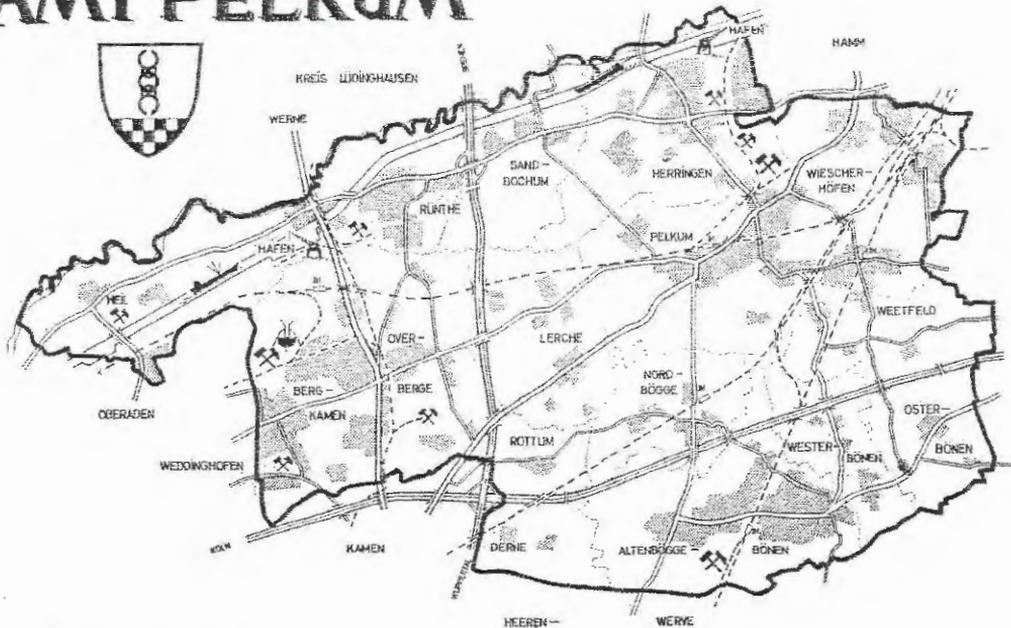
War die Bevölkerung im vergangenen Jahrhundert noch weitgehend in der Landwirtschaft tätig gewesen, änderte sich dies mit dem aufkommenden Bergbau. Südkamen entwickelte sich mehr und mehr zur reinen Wohngemeinde. Die Wirtschaftsstruktur des kleinen Ortes beschränkte sich bei Kriegsende auf zwei Gaststätten und eine Gärtnerei; weitere Gewerbebetriebe, geschweige denn Industrieansiedlungen waren nicht vorhanden.

Der politische Neubeginn in Südkamen fand seinen Niederschlag in der ersten Ratssitzung am 6. April 1946. Hier wurde Ernst Wittkugel, eingesetzter Bürgermeister der Militärregierung und Nachfolger von Bürgermeister Wibbeling, der dieses Amt bis zum Kriegsende ausgeübt hatte, einstimmig zum neuen Bürgermeister der Gemeinde gewählt. Der Rat umfaßte insgesamt zwölf Personen. Für die SPD, die acht Mitglieder stellen konnte, waren dies Ernst Wittkugel, A. Dingler, K. Bräkelmann, F. Eikmann, K. Stippschild, E. Krüger, W. Holtmann und H. Dietermann, für die CDU O. Potthoff, A. Kassing, F. Schultebrauks und G. Droste.²⁵⁴ Das Verzeichnis der Gemeinderäte im Kreis Uрма führt für die CDU noch W. Werth an, im Protokollbuch der Gemeinde selbst findet dieser Name jedoch keinerlei Erwähnung.²⁵⁵

Zu den dringendsten Problemen, die sich dem neuen Gremium stellten, gehörte – wie überall – die Verbesserung der ausgesprochen schlechten Versorgung der Bevölkerung. So beschäftigte sich der Rat in seiner Sitzung vom 8. September 1946 ausführlich mit der Wirtschaftslage und verfaßte eine Resolution „an die behördlichen Stellen“²⁵⁶, in der diese aufgefordert wurden, alles zu tun, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Dringend notwendig sei eine ausreichende Kartoffelversorgung zur „Verhinderung der größten Not“²⁵⁷; ebenso wichtig sei auch die Versorgung mit Kohlen, damit die Menschen, wenn sie schon unzureichend ernährt seien, nicht auch noch zu frieren brauchten.²⁵⁸

Die Resolution ging außerdem auf die Lage der Flüchtlinge ein. Die Gemeinde sei derart überlastet, daß sie „nicht ein noch aus wisse“²⁵⁹. Die Versorgung mit Lebensmitteln sei problematisch, insbesondere aber fehlten für diesen Teil der Bevölkerung, der alles verloren hätte, ausreichend Kleidung und Haushaltswaren.²⁶⁰ Zur Wahl am 15. September traten SPD und CDU an, die sich unterschiedlich

AMT PELKUM



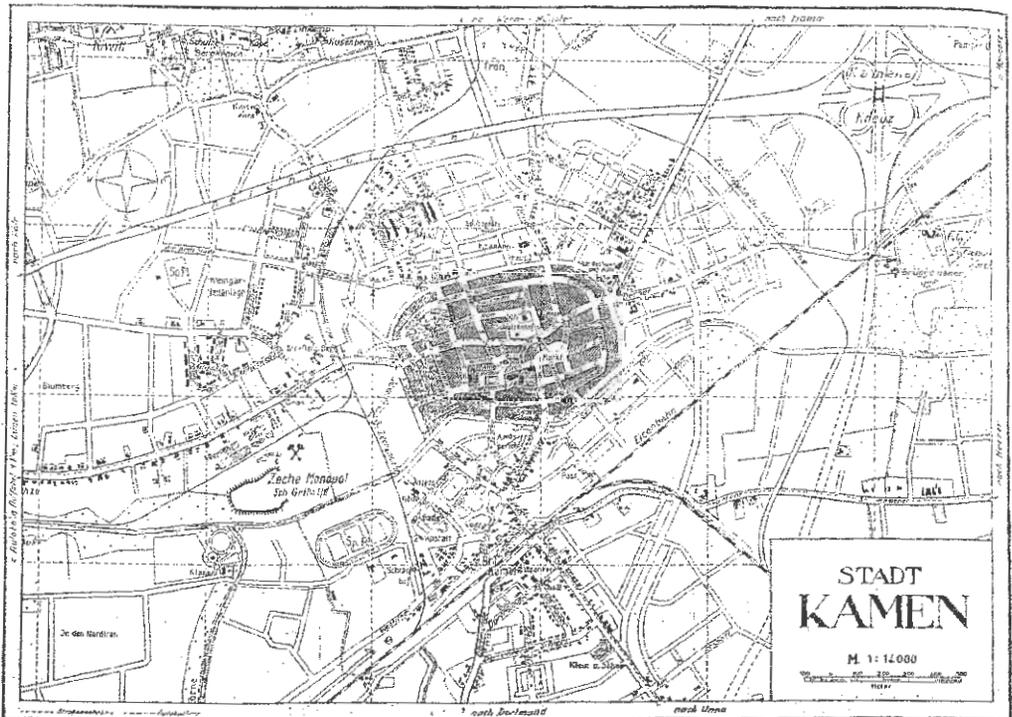
Karte des Amtes Pelkum

5.1. Rottum

Wie überall in der britisch besetzten Zone hatte die Militärregierung auch in Rottum einen Bürgerrat eingesetzt; er trat am 6. Dezember 1945 zum ersten Mal zusammen. Den Vorsitz hatte der ernannte Bürgermeister Simon, der bereits in der Zeit des Dritten Reiches als erster Beigeordneter fungiert hatte; als sein Stellvertreter war der Bürgerrat Beckmann eingesetzt. Hinzu kamen die Herren Dunker und Bäcker. Auch zwei Frauen zählten zum Rat, Paula Sudhaus und Helene Eckey.²⁴⁶ Schon die zweite Sitzung des Rates wurde als Vollversammlung der Gemeinde durchgeführt. Einziger Tagesordnungspunkt war eine Abstimmung über die Frage, ob die Gemeinde in Zukunft urdemokratisch alle Entscheidungen treffen sollte oder ob, wie durch die Militärregierung bereits eingeleitet, eine Gemeindevertretung gewünscht wurde. Alle 42 anwesenden Bürger sprachen sich für die zweite Möglichkeit aus, die basisdemokratische Lösung war damit vom Tisch.²⁴⁷

Nach der durch die Militärregierung initiierten Erweiterung des Bürgerrates zählten zur Gemeindevertretung fünf Männer und vier Frauen²⁴⁸ – eine durchaus bemerkenswerte Tatsache, spielten doch in dieser Zeit Frauen in den Ratsvertretungen im allgemeinen nur eine unterrepräsentierte Rolle. Eine ähnlich paritätische Besetzung ist in keiner Gemeinde des Untersuchungsgebietes zu finden.

Als Parteizugehörigkeit verzeichnen die Akten für Beckmann, Brandt, Lüttecken und Frau Hattebier die Sozialdemokratische Partei, für die anderen vier Ratsmitgliedern – Dunker sowie Frau Sudhaus, Frau Eckey und Frau Eikelberg – die CDU.



Stadtplan Kamens 1949



Bergbaustadt mit Lebensqualität – Anzeige der Stadt Kamen aus dem Stadtplan von 1949

dung der Partei war von Bergleuten betrieben worden. Je größer der Anteil der Arbeitsplätze im Bergbau wurde, desto höher wurde der Mitgliederstand der Sozialdemokraten. 1950 zählte der Ortsverein bereits weit über 650 Genossinnen und Genossen. Damit wurde die politische Arbeit im Rathaus direkt von der Zechenbelegschaft bestimmt: „Was in der Waschkaue besprochen wurde, wurde am Abend in der Ratssitzung umgesetzt“⁵. Dies wurde auch an der Zusammensetzung des Parteivorstandes deutlich. Der Vorsitzende Lukat hatte im Januar 1949 sein Amt niedergelegt. Ihm folgten Heinrich Demand und Valentin Schürhoff als erster und zweiter Vorsitzender. Alle drei waren auf der Zeche Monopol beschäftigt oder früher dort tätig gewesen.⁶ Gleiches galt für Bürgermeister Rüssel und Stadtdirektor Heitsch sowie fast alle anderen Fraktionsmitglieder.

Und dennoch war es der Partei gelungen – durch die Aktivitäten Alfred Gleisners begünstigt –, in Teilen des Bürgertums Fuß zu fassen. Die Kamener SPD war bereits am Anfang der 50er Jahre auf dem Wege zur Volkspartei, auch wenn dieser

4. Südkamen

Die 50er Jahre führten in politischer Hinsicht zu keinerlei Veränderungen. Bürgermeister Bräkehnann wurde stets mit deutlicher Mehrheit wiedergewählt, auch die Ergebnisse der Kommunalwahlen machten die Verhältnisse im Rat der kleinen Gemeinde deutlich. Im Jahre 1952 konnte die SPD 59,8 % der Stimmen gewinnen, auf die CDU entfielen 40,2 %. Auch diesmal waren wie in dem gesamten Jahrzehnt keine anderen Parteien zur Wahl angetreten. Die zweite Wahl dieser Dekade brachte der SPD noch einmal eine Ausweitung ihres Stimmenanteils. 66 % aller Wähler entschieden sich für die Sozialdemokraten, 34 % wählten die Vertreter der CDU. Die Sozialdemokraten konnten demnach stets die absolute Mehrheit an Stimmen und an Sitzen erzielen, die CDU befand sich in der Rolle der Opposition. Doch spielte Parteipolitik in der Gemeinde keine Rolle. In jedem Fall wurde versucht, die Probleme der kleinen Ortschaft gemeinsam zu lösen, oft schon im Vorfeld der Ratssitzungen. So berichtet Ewald Kollin, daß Fraktionssitzungen in Südkamen nicht üblich waren. Die Ratsmitglieder trafen sich bereits vor den Sitzungen, die stets in der Gaststätte Döfelshöft stattfanden, und besprachen gemeinsam die dringendsten Probleme.²⁹⁹ Bereits hier wurde in der Regel Konsens erzielt, so daß die Ratsabstimmungen einstimmig gefällt werden konnten.

Zudem war eine reine Sacharbeit gefordert. Die Probleme einer Wohngemeinde waren ungeheuer groß. Durch den Mangel an Gewerbe und Industrie war das geringe Steueraufkommen, insbesondere die fehlende Gewerbesteuer das größte Problem des Ortes. Südkamen war daher eine Fehlbedarfsgemeinde, d.h. ihr Haushalt war stets defizitär und mußte durch Ausgleichszahlungen des Landes und des Amtes Unna-Kamen aufgefüllt werden.

So war der Zustand der Straßen in Südkamen ständiges Thema im Rat. Aufgrund



Blick auf die Gaststätte „Döfelshöft“ in Südkamen

der fehlenden Mittel war Südkamen nicht in der Lage, das Straßensystem in seiner Gesamtlänge von 8 km in Ordnung zu halten, geschweige denn auszubauen. Der kleine Ori galt als das „Dorf mit den schlechtesten Straßen“⁵⁰⁰ im ganzen Kreis, wie der Hellweger Anzeiger in einem Artikel schrieb. Kennzeichnend für die Situation der Gemeinde war der Beschluß des Rates, sich nicht am Wettbewerb ‚Unser Dorf soll schöner werden‘ zu beteiligen. Zwar sei ein gewisser Erfolg zu erwarten, da es sich bei der Heimatgemeinde um ein wirklich schönes Dorf handele, ließen die Ratsvertreter voller Stolz verlauten, doch würde die Bewertungskommission „Südkamen fluchtartig verlassen“⁵⁰¹, wenn sie den Zustand der Straßen sähe.

Da die Mittel grundsätzlich nicht ausreichten, wurden die Straßen in Selbsthilfe gepflegt, soweit dies möglich war. Hand- und Spanndienste waren an der Tagesordnung, wobei Bürgermeister Bräkelmann stets in vorderster Linie tätig war. Diese Art von Solidarleistungen konnte natürlich nur in einer solch kleinen, überschaubaren Gemeinde geleistet werden, in der jeder den anderen kannte und ein enges Gemeinschaftsgefüge bestand. Symbolisch für das dörfliche Gemeinschaftsgefühl waren die jährlich durchgeführten Weihnachtsfeiern, zu denen sich die gesamte Dorfbevölkerung traf. Jedesmal nahm der größte Teil der Einwohner an dieser Festlichkeit teil, im Jahre 1954 etwa waren von den knapp 600 Dorfbewohnern 550 bei der Feier anwesend.⁵⁰²

Ein weiteres Problem im kommunalen Haushalt stellte der Bau einer Leichenhalle dar. Lange und intensiv beschäftigten sich die Ratsmitglieder mit diesem Thema. War es vor dem Krieg noch üblich gewesen, Verstorbene zu Hause aufzubahren, ließ die veränderte Lebens- und Wohnsituation dies nun nicht mehr zu. Es war der Bevölkerung und dem Gemeinderat ein dringendes Anliegen, hier Abhilfe zu schaffen. Die finanzielle Situation ließ aber die Durchführung einer solchen Baumaßnahme unrealistisch erscheinen. In der Erkenntnis der Unmöglichkeit, allein eine Lösung herbeizuführen, wurde vom Rat der Gemeinde angeregt, mit der Nachbargemeinde Afferde einen gemeinsamen Bau zu verwirklichen. Doch von der dortigen Gemeindevertretung wurde dieses Ansinnen in einer gemeinsamen Sitzung abgelehnt.⁵⁰³

Die ersten Kommunalwahlen der 60er Jahre brachten der CDU am 19. März 1961 einen deutlichen Zugewinn. Um gut 10 % konnte sie zulegen, die SPD mußte Verluste in gleicher Höhe akzeptieren. Folge dieser Wahlentscheidung war nun ein Patt im Rat der Gemeinde – auf beide vertretenen Parteien entfielen je drei Sitze.

Dies änderte jedoch nichts an der gemeinsam zu leistenden Arbeit. So war es selbstverständlich, daß Bürgermeister Bräkelmann in seinem Amt bestätigt wurde, das Konsensmodell wurde in der Gemeinde fortgesetzt.

G e b i e t s ä n d e r u n g s v e r t r a g

Auf Grund der Beschlüsse des Rates der Stadt Kamen vom 31. März 1907 und der Gemeindevertretung Derne vom 22. März 1907 wird gemäß § 15 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 20. Oktober 1952 (G.S. Nr. 5. 107) folgender Gebietsänderungsvertrag vereinbart:

§ 1

Die Gemeinde Derne wird in die Stadt Kamen eingegliedert.

§ 2

Die Stadt Kamen ist Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Derne.

Offizielle Vereinbarung zwischen der Stadt Kamen und der Gemeinde Derne

den Bürgermeister Achtabowski einen Vertreter in die letzte Sitzung der selbständigen Gemeinden entsandt. Er überbrachte die Grüße der Stadt und der Verwaltung. Besonders betonte er, daß die Einwohner der beiden Dörfer als gleichberechtigte Bürger in Kamen Aufnahme finden würden.³⁸

3. Südkamen

Erst mit dem Beginn der 60er Jahre gelang es der Gemeinde, höhere Zuweisungen zu erhalten. Nun begann der systematische Ausbau der Infrastruktur. Die Bevölkerung war schon in den letzten Jahren kontinuierlich angewachsen. Südkamen entwickelte sich mehr und mehr zum beliebten Wohnort für gut situierte Dortmunder, die sich hier niederließen, um dem Stadtlärm zu entfliehen.³⁹ Auch leitende Angestellte der Firma Schering in Bergkamen zogen zu einem Teil nach Südkamen.⁴⁰ Die Erschließung neuer Wohngebiete wurde konsequent in Angriff genommen, der Straßenbau intensiviert und der Ausbau der Kanalisation in der Gemeinde vorangetrieben. Gleichzeitig war als wichtigstes Bauvorhaben eine neue Schule geplant. Zwar besaß Südkamen schon zwei einklassige Schulen, doch war deren Zustand miserabel. Die ältere Schule, 1872 gebaut, wurde als abbruchreif beschrieben, das zweite, aus dem Jahre 1908 stammende Gebäude sollte in den zu planenden Schulneubau integriert werden. Ziel war die Errichtung einer 4zügigen Schule unter dem Vorbehalt, diese jederzeit erweitern zu können. Denn aufgrund des zu erwartenden Bevölkerungszuwachses war absehbar, daß eine Erweiterung zu einer 8klassigen Schule nötig werden würde.⁴¹ Der 1961 geplante Schulbau warf einige Probleme auf, so stiegen vor allen Dingen die Baukosten erheblich. Auch die Fertigstellung verzögerte sich. Ursprünglich hatte die Schule bereits zum Schuljahr 1964/65 eingeweiht werden sollen, schließlich war aber mit einer Inbetriebnahme vor dem Ende des Jahres 1964 nicht mehr zu rechnen. Zum ersten Mal wurde in der Bevölkerung erhebliche Kritik an der Arbeit des Rates laut.⁴²

Im selben Jahr fand im Ortsverein der SPD eine deutliche Umgestaltung statt. Bodo Ferber, ein 53jähriger Architekt, der nach Südkamen gezogen war, hatte zunehmend an Einfluß gewonnen. Ferber, mit dem die moderne Gemeinde- und Bauplanung in Südkamen Einzug halten sollte,⁴⁵ setzte durch, daß sich die Liste der SPD für die Kommunalwahl am 27. September 1964 grundlegend veränderte. Bürgermeister Bräkelmann verlor seine Stellung als Direktkandidat und erschien nur als Spitzenkandidat auf der Liste. Da bisher die SPD alle ihre Ratsmandate in direkter Wahl gewinnen konnte, wäre Bräkelmann im neuen Gemeinderat vermutlich nicht mehr vertreten gewesen.

Verärgert über diese Parteientscheidung, trat Bräkelmann aus der SPD aus.⁴⁴ Die Betroffenheit in der Sozialdemokratischen Partei darüber war groß. So sah sich die Partei gezwungen, in Leserbriefen im Hellweger Anzeiger und der Westfälischen Rundschau diesen Schritt zu begründen, um „das große Erstaunen“⁴⁵ in weiten Teilen der Bevölkerung abzubauen. Die letzten Jahre hätten gezeigt, so hieß es, daß der Kreis derjenigen, die mit Bräkelmann unzufrieden waren, ständig größer geworden sei. Zudem hielte man es für an der Zeit, eine Verjüngung in der SPD herbeizuführen. Daß der Bürgermeister diesen demokratisch durchgeführten Weg nicht mitgehen wolle, zeige, daß ihm die demokratische Grundüberzeugung fehle. Zudem sei die Parteimitgliedschaft für ihn wohl nur der Führerschein zum Bürgermeisteramt gewesen.⁴⁶ Der Bürgermeister verzichtete jedoch nicht auf weitere politische Betätigung. Bräkelmann entschied sich, als unabhängiger Einzelbewerber zu kandidieren – und rechnete sich als geachteter und beliebter Mann sehr wohl Chancen aus. Wie das Ergebnis der Wahl zeigt, lag er mit dieser Einstellung durchaus richtig. Letztlich fehlten ihm bei der Wahl nur 10 Stimmen für ein Direktmandat.⁴⁷ Für seine ehemalige Partei hatte dieser interne Disput jedoch weitreichende Folgen. Sie sank derartig in der Wählergunst ab, daß sie nur noch 40,8 % an Stimmen erzielen konnte und damit gegenüber der letzten Wahl einen Rückgang von 15,1 % hinnehmen mußte. Die CDU profitierte zwar nur leicht, sie stieg von 44,1 % bei der letzten Wahl auf 45,9 %. Da jedoch 15,5 % auf den Einzelbewerber Bräkelmann entfallen waren, verfügte die CDU nun sowohl über eine 5,1 %ige Mehrheit der Stimmen wie auch über eine Mehrheit der Sitze. Sie konnte vier Plätze besetzen, der SPD fielen nur drei Sitze zu. Neuer Bürgermeister der Gemeinde wurde Ewald Kollin, der zur Wahl noch als unabhängiger Kandidat auf der Liste der CDU angetreten war, nun aber den Parteieintritt vollzog.⁴⁸

In seine Amtszeit fiel schließlich der Austritt aus dem Amt Unna-Kamen und der Zusammenschluß mit Kamen.

Der Gedanke eines Zusammenschlusses der Gemeinde Südkamen mit der Stadt Kamen war kein Produkt der 60er Jahre. Schon kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde eine Vereinigung



Ewald Kollin, Bürgermeister von Südkamen von 1964 bis zur Neurodnung

intensiv diskutiert. Kamens Angebot wurde vom Südkamener Gemeinderat positiv aufgenommen, allerdings wurden einige Forderungen an die Fusion geknüpft. Die wichtigste war die nach Errichtung einer Bahnunterführung der Bahnstrecke Hamm-Kamen-Dortmund, um eine wirkliche Anbindung zu erreichen. Außerdem wurde die Festschreibung der bisherigen Steuersätze für 50 Jahre gefordert, dazu eine gleichberechtigte Behandlung in bezug auf Wasserversorgung, Kanalisation und Elektrizität sowie die Erweiterung der Volksschule.

In den meisten Punkten kam man sich entgegen, doch die Fusion scheiterte an einer Kleinigkeit. Die VEW wollte damals Südkamen an ihr Stromnetz anschließen. Zu diesem Zweck hätten jedoch Masten auf Kamener Stadtgebiet aufgestellt werden müssen; der Magistrat der Stadt verlangte dafür eine jährliche Gebühr von 50 Mark(!). Trotz des Drängens der VEW und des Südkamener Gemeinderates nahmen die Kamener diese Forderung nicht zurück, so daß die Elektrifizierung verzögert wurde. Die positive Stimmung in der Südkamener Bevölkerung bezüglich der Fusion kühlte sich deutlich ab, so daß sich der Gemeinderat letztlich nicht zu einem Zusammenschluß durchringen konnte.⁴⁹

Jahrelang ruhten die Pläne. Erst im Februar 1958 wurde eine Fusion erneut diskutiert, hierbei ging die Initiative eindeutig von Kamener Seite aus, der „Expansionsbestrebungen“⁵⁰ unterstellt wurden. Die Gemeinderatssitzung, die eine mögliche Verbindung mit Kamen erörtern sollte, war ausgesprochen gut besucht, denn in der kleinen Gemeinde hatten sich die Neuigkeiten schnell herumgesprochen. Die Zuhörer wurden jedoch enttäuscht, die Kamener Pläne wurden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.⁵¹

Bürgermeister Bräkelmann eröffnete die Diskussion über den bisher nur mündlich gestellten Antrag der Stadt Kamen auf Einbeziehung Südkamens in den Stadtbezirk. Er stellte fest, daß Bürgermeister Beckmann und Stadtdirektor Heitsch bei diesem Vorgehen sowohl den Amtsbürgermeister als auch den Amtsdirektor übergangen hatten. Sie hatten die Südkamener Gemeindevertreter und einzelne Bürger aufgesucht, um sie für die Eingemeindung zu gewinnen, und dabei vor allen



Alte Schule der Gemeinde Südkamen, die 1965 durch die Südschule abgelöst wurde

Dingen die Vorteile einer Fusion herausgestellt, zugleich auch Verbesserungen in bezug auf den Ausbau der Straßen und in schulischen Belangen versprochen.

Im Gespräch mit dem Bürgermeister hatten sie in Aussicht gestellt, dessen persönliche Zukunft durch eine Stelle in der Stadtverwaltung Kamens abzusichern. Nach kurzer Diskussion dieses Angebotes und nach Abwägung aller Vor- und Nachteile beschloß die Gemeindevertretung einstimmig, einen mündlich vorgebrachten Antrag nicht zu akzeptieren und das Problem im ganzen erst dann zu behandeln, wenn eine „allgemeine Neuordnung der kommunalen Grenzen im Lande Nordrhein-Westfalen auf Landesebene erfolgt ist“⁵².

Obwohl in der Presse in den folgenden Tagen die völlige Orientierung Südkaamens zum Kamener Raum betont wurde, fand in der kleinen Gemeinde keine weitere Auseinandersetzung über dieses Konzept statt.⁵³

Dennoch blieb das zwiespältige Thema ‚Eingemeindung‘ in den Köpfen präsent. Am 20. April 1961 wurde der geplante Schulneubau im Rat diskutiert. Das Ratsprotokoll gibt zwar den Inhalt der Debatte nicht wieder, doch informierte die Presse darüber, daß der Neubau einer Schule unvermeidlich sei. Auf der einen Seite steige die Schülerzahl durch den Bau neuer Wohnsiedlungen an, andererseits befürchte man, ohne ausreichendes Schulangebot nicht weiter selbständig bestehen zu können. Es „dauert immer noch die vor zwei Jahren schon einmal akut gewordene Gefahr der Eingemeindung“⁵⁴ an. Südkaamen müsse daher alles tun – und hierzu zähle auch der Schulneubau –, „was der Bevölkerung die Erhaltung der kommunalen Selbständigkeit wünschenswert erscheinen läßt“. Zitiert wurde ein Ratsmitglied mit den Worten: „Wir sollen geschluckt werden – der Rachen ist offen“. Das Problem der schulischen Versorgung der Gemeinde war für die Stadt Kamen erneut ein Grund, sich um Südkaamen zu bemühen. Diesmal wählte man jedoch den offiziellen Weg. Über den Amtsdirektor Klockenhoff erreichte den Südkaamener Rat im Juli 1962 die Anfrage, ob nicht die neue Schule unter Kamener Beteiligung aufgebaut werden solle, damit Kinder aus dem Kamener Süden hier ebenfalls beschult werden könnten.

Der Gemeindevertreter Wibbeling von der Christdemokratischen Partei dominierte die folgende Diskussion, in der er betonte, der Stadt Kamen ginge es nicht um die Verbesserung der Situation der Schulkinder, sondern sie ziele nur auf die Eingemeindung Südkaamens ab. Auch die anderen Ratsmitglieder betonten, daß die Selbständigkeit ihrer Gemeinde erhalten bleiben müsse, was in einem einstimmigen Ratsbeschluß bestätigt wurde. Ein Zusammengehen mit Kamen wurde also abgelehnt.⁵⁵

Erst im Juni 1965 stand das Thema Neuordnung wieder auf der Ratsordnung. Durch das Ausscheiden Oberadens und Weddinghofens im Januar 1966 aus dem Amt Unna-Kamen fehlten zwei finanzstarke Gemeinden. Da zudem noch Methler, Westick und Wasserkurl einen Planungsverbund mit Kamen anstrebten, beteiligte sich auch Südkaamen daran; einstimmig wurde aber beschlossen, das Amt Unna-Kamen müsse erhalten bleiben.⁵⁶

Die SPD hatte bereits vorher die Lage diskutiert, und insbesondere der stellvertretende Bürgermeister Bodo Ferber hatte in einem flammenden Appell auf die Dringlichkeit der Verbindung Südkaamens mit dem Kamener Süden hingewiesen:



Beförderte den Zusammenschluß von Kamen und Südkamen: der geplante Bau einer Trauerhalle

„Würgen wir den Fortschritt nicht ab“ und „Wir müssen mit Kamen zusammen planen“⁵⁷, hatte er gefordert. Jeder Schritt müsse allerdings in Abstimmung mit der CDU vollzogen werden, um das gute Verhältnis im Gemeinderat nicht zu trüben.⁵⁸ Im Januar 1966 beschäftigte sich der Gemeinderat erneut mit dem Verhältnis zu Kamen. Ratsvertreter Wibbeling betonte wiederum seine Position, Südkamen müsse im Amt Unna-Kamen bleiben. Die Gemeinde sei durchaus in der Lage, auch weiterhin selbständig zu agieren. Ihm widersprach Bodo Ferber. Alle Gutachten und Beratungen hätten ergeben, daß Südkamen mit der Nachbarstadt fusionieren müsse, da nur so die künftige Entwicklung der Gemeinde gesichert sei. Nach lebhafter Diskussion beschloß der Rat einen Vorschlag des CDU-Vertreters Wibbeling. Man erklärte sich bereit, mit anderen Gemeinden zusammen über Zukunftsplanungen zu beraten. Jedoch sei es „im gegenwärtigen Zeitpunkt“ nicht nützlich, Anschluß zu suchen. Dieser Beschluß wurde mit 6:1 Stimmen angenommen.⁵⁹ In derselben Sitzung kam man überein, über die Gründung eines Zweckverbandes zur Errichtung eines gemeinsamen Friedhofs mit Kamen auf dem Gebiet beider Gemeinden in Beratung zu treten. Mit der Zustimmung zum Zweckverband Friedhof und den dann aufgenommenen Verhandlungen waren die Grundlagen für die Fusion gelegt. Schon im Februar diskutierte der SPD-Ortsverein die Möglichkeit, über den gemeinsamen Friedhof nun auch endlich den Plan für eine Leichenhalle verwirklichen zu können, wie es schon dringender Wunsch des Rates in den frühen 50er Jahren gewesen war. Auf diesem Hintergrund sei es das beste, eine Verwaltungsgemeinschaft und damit letztlich einen Zusammenschluß mit Kamen in die Wege zu leiten.⁶⁰ In der Mitte des Jahres waren die Würfel gefallen. Die unsichere Zukunft des Amtes Unna-Kamen lasse keine andere Wahl als die Fusion mit Kamen. Und nun machte auch das Ratsmitglied Wibbeling deutlich, daß nur ein Zusammenschluß mit Kamen denkbar sei, wenn schon die Eigenständigkeit nicht aufrechterhalten werden könne.⁶¹ Im September waren die Verträge mit Kamen ausgehandelt. In der Aussprache wurde von allen Seiten betont, daß man dies für den einzig gangbaren Weg halte. Für die CDU schloß der

Ratsherr Wibbeling, daß man das ‚Gewürge‘ um die Neuordnung leid sei. Für die SPD betonte Bodo Ferber, die Neuordnung zerschlage nicht Altes, sondern schaffe sinnvoll Neues.⁶² Einstimmig wurde der Fusion mit Kamen zum 1. Januar 1968 zugestimmt. Der Vertrag enthielt jedoch zahlreiche Forderungen der kleinen Gemeinde, deren Erfüllung allen die Zustimmung erleichtern sollte. So garantierte die Stadt Kamen auf 20 Jahre, die Bebauungspläne Südkamens einzuhalten. Diese gewährleisteten, daß nicht höher als zweigeschossig gebaut werden durfte, um den Wohncharakter Südkamens zu erhalten. Gleichzeitig verpflichtete sich die Stadt, die Kanalisation, Straßen- und Wirtschaftswege entsprechend den Plänen des Südkamener Rates bis 1971 auszubauen, um die weitere Entwicklung Südkamens nicht zu gefährden. Darüber hinaus wurde den Südkamenern für die Dauer von fünf Jahren ein eigener Ortsvorsteher zugebilligt.⁶³ Am 28. Oktober 1966 akzeptierte der Kamener Rat einvernehmlich den ausgehandelten Vertrag und versicherte der Gemeinde Südkamen, sie werde als Stadtteil niemals Stiefkind der Entwicklung sein.⁶⁴ Die Westfälische Rundschau kommentierte diesen historischen Schritt unter dem Stichwort „Eine gute Ehe“ und stellte fest, daß den Verantwortlichen der Dank der Bürger beider Gemeinden gebühre.⁶⁵

Am 20. Dezember 1967 tagte der Gemeinderat Südkamens zum letzten Mal. Auf Kritik aller Ratsmitglieder stieß nun das am 15. Dezember 1967 vom Landtag beschlossene Gesetz zur Neugliederung des Kreises Unna, denn in diesem fanden die Südkamener Wünsche und die mit Kamen geschlossenen Verträge keinerlei Berücksichtigung. Übereinstimmend äußerten die Ratsmitglieder die Auffassung, daß der aufgehobene Vertrag dennoch als Richtschnur für die weitere Entwicklung Südkamens anzusehen sei und als Leitlinie in das neue Parlament mit eingebracht werden müsse.⁶⁶

Abschließend hob Bürgermeister Kollin die faire Zusammenarbeit im Gemeindeparlament hervor. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten sei das gemeinsame Ziel, das Beste für die Gemeinde und ihre Einwohner zu erreichen, stets die oberste Maxime des Handelns aller gewesen.⁶⁷

Gestern denkwürdiger Tag für Südkamen Rat bekannte sich zur Nachbarin Kamen

Künftiger Weg unter Berücksichtigung eigener Interessen vertraglich verankert

Südkamen. Mit allen sieben Stimmen billigte gestern, gegen 17 Uhr, im Lokal Düfelshöft in Südkamen der Gemeinderat den Vertragskomplex zur künftigen Einheit mit der Stadt Kamen. Es ging dabei in getrennter Abstimmung um das Ja zur Ausmündung aus dem Amtsverband Unna-Kamen (Formsache), zur Verwaltungsgemeinschaft und der damit im Zusammenhang stehenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, zum Schiedsvertrag laut dieser Vereinbarung und zum Gebietsänderungsvertrag. Letzterer soll praktisch den Schluß des dreijährigen Weges zur Eingliederung der Gemeinde Südkamen in das Stadtgebiet Kamen bilden.

Am 23. September 1966 spricht sich der Südkamener Rat für den Zusammenschluß mit Kamen aus. WR vom 24.9.1966

Einwohnern wesentlich günstiger sind als die einer halb so großen Gemeinde Methler⁵⁵⁴. Auch der Plan Methlers, durch umfangreiche Industrieansiedlungen die Anzahl der Einwohner deutlich zu steigern, sei kaum realisierbar, denn die Verkehrsanbindungen des geplanten Industriegeländes seien nicht ausreichend. Hinzu komme, daß die geplante Sanierung der Gemeinde, also vor allen Dingen der alten Kolonie Kaiserau, zunächst einmal ausgeführt werden müsse, bevor mit der Ansiedlung von neuen Einwohnern in entsprechendem Umfang gerechnet werden könne. Unter Berücksichtigung all dieser Tatsachen sei eine Eingliederung Methlers nach Kamen notwendig.

Zu Südkamen, Derne und Rottum

Die Zuordnung Südkamens zu Kamen bedurfte für den Gesetzesentwurf keiner gesonderten Begründung, da hier die bestehenden Verträge schon den zukünftigen Weg festgelegt hatten. Für Derne und Rottum entschied man, daß die räumliche Nähe zu Kamen und die bestehende Ausrichtung auf diese Stadt eine Zuordnung zu Pelkum undenkbar machten.⁵⁵⁵

Am 4. August befaßte sich der Rat der Stadt Kamen mit dem Gesetzesentwurf. Zu diesem Zeitpunkt betonten die Ratsvertreter, die später stets von der ‚Neuen Stadt Kamen‘ sprachen, noch den Eingliederungscharakter des Gesetzes⁵⁵⁶ und implizierten damit eine Dominanz Kamens.

In bezug auf die Eingliederung Südkamens, Dernes und Rottums pflichtete man dem vorliegenden Entwurf in vollem Umfang bei. Die Einbeziehung Lerches in den Raum Pelkum-Herringen lehnte die Stadtvertreterversammlung erwartungsgemäß ab. Es wurden noch einmal alle bekantenen Argumente, die für eine Verbindung mit Kamen sprachen, aufgeführt und eine Änderung des Gesetzesentwurfes angestrebt. Die Kamener gingen dabei von der Prämisse aus, daß Lerche „wahrscheinlich irrtümlich“⁵⁵⁷ nicht mit zum Kamener Raum gezählt worden sei. Die Planungen in bezug auf Heeren-Werve und Methler wurden sehr vorsichtig formuliert, wußte man doch um die Befindlichkeiten in diesen Gemeinden. So hieß es in der knappen Ratserklärung, die Stadt sei bereit, die Orte aufzunehmen, „falls es die jeweilige Gemeindevertretung wünscht“⁵⁵⁸. Ausdrücklich wurde hier auf die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses hingewiesen; auf keinen Fall sollte der Eindruck entstehen, Kamen wolle diese Gemeinden für eigene Interessen instrumentalisieren.

Ein Zusatzantrag der SPD machte deutlich, wie groß das Kamener Interesse an einem Zusammenschluß mit Methler und Heeren-Werve wirklich war. So betonte man im Hinblick auf die junge Großgemeinde die engen Verbindungen zwischen den Beteiligten, die sich vor allen Dingen am Schulbesuch und der Krankenhausnutzung durch die Methleraner zeige. „Was liegt näher, als das zwischen der Stadt Dortmund und der Stadt Kamen liegende Gebiet der Gemeinde Methler der Stadt Kamen zuzuordnen?“⁵⁵⁹, lautete die entscheidende Frage, deren Antwort die Sozialdemokraten lieferten. Methler gehöre zum „ganz natürlichen Interessengebiet“⁵⁶⁰ der Stadt.

Für Heeren-Werve sei charakteristisch, daß viele der Bewohner Arbeitsplätze in Kamen besetzten. Dies allein rechtfertige schon die Eingemeindung. Darüber hin-

aus würde durch Industrieansiedlungen auf dem Grenzgebiet beider Orte ein Zusammenwachsen deutlich erleichtert. Abschließend wurde betont, daß der Gesetzesentwurf „einen höchstmöglichen wirtschaftlichen Effekt“⁵⁰¹ für den gesamten Raum garantiere.

Allein die SPD-Fraktion konnte den eigenen Vorschlag durchbringen, die anderen Ratsparteien verweigerten dieser Entschließung ihre Zustimmung und enthielten sich der Stimme.⁵⁰² Möglicherweise hoffte man auf Wahlerfolge bei der notwendigen kommunalen Neuwahl nach erfolgter Neuordnung, hatte doch das Beispiel Methler gezeigt, daß die SPD dort empfindliche Verluste hatte hinnehmen müssen. Daß man nun den Eindruck erwecken wollte, selbst keine aktive Rolle bei der Einbeziehung der widerstrebenden Gemeinden gespielt zu haben, konnte sich möglicherweise auszahlen.

Mit dieser Beschlußfassung war die Initiative des Rates zur Neuordnung des Gebietes beendet, von nun an lag die Entscheidung nicht mehr auf kommunaler Ebene. Dem Landtag fiel die Aufgabe zu, das Gesetzeswerk auf den Weg zu bringen. Durch den Gesetzesentwurf war der Entscheidungsrahmen vorgegeben, doch die Abgeordneten des Landtages machten sich die wegweisende Entscheidung nicht leicht. So konnten die Vertreter der Gemeinden zwischen der ersten und zweiten Lesung des Gesetzes noch einmal ihre Anregungen und Einwände vorbringen.⁵⁰⁵ Dabei standen die Veränderungen des Kamener Raumes weiterhin im Mittelpunkt, da Heeren-Werve und Methler noch immer für eine andere Entwicklung kämpften. Stadtdirektor Rethage konnte noch einmal die Kamener Ansprüche auf die beiden Umlandgemeinden deutlich machen.⁵⁰⁴ „Leidenschaftlich vorgelegene Argumente“⁵⁰⁵ bestärkten den Ausschuß in der Richtigkeit der vorgelegten Pläne. Allein seine Ausführung zum Thema Lerche fanden in der Kommission kein Gehör und wurden nicht akzeptiert.

Am 15. Dezember 1967 verabschiedete der Landtag das ‚Gesetz zur Neuordnung des Kreises Unna‘ mit den Stimmen der SPD und der FDP. Die CDU-Fraktion im Landtag enthielt sich zum Teil, zum Teil stimmte sie gegen das Gesetz. Sie verwehrt, so ihre Vertreter, ihre Zustimmung aber nicht in der Sache, die man unterstütze. Allein das zeitliche und verfahrenstechnische Prozedere könne nicht akzeptiert werden. Innenminister Weyer hielt dieser Argumentation entgegen, daß man nicht immer diskutieren könne, jetzt müsse man Mut zur Entscheidung aufbringen.⁵⁰⁶ Damit war der richtungweisende erste Schritt in eine grundsätzliche Neuordnung des Landes getan. Nun war Gelegenheit gegeben, die Auswirkungen des Gesetzes am Beispiel des Kreises Unna zu überprüfen. Das Ergebnis dieses Modells sollte die späteren Entscheidungen prägen.

7. Die neue Stadt Kamen

Am 1. Januar 1968 hatte sich die Fläche der Stadt Kamen vervierfacht. Durch die Einbeziehung der neuen Stadtteile bedeckte die Stadt nun mehr als 40 qkm, und mit 40.200 Einwohnern beherbergte sie fast doppelt so viele Menschen wie noch